

## Um die Interessen der Ukraine geht es nicht

VON MEY DUDIN

Wenn die USA und Russland in Saudi-Arabien über das Schicksal der Ukraine verhandeln, zeigt schon die Abwesenheit des Kiewer Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, wohin die Reise geht. Was unter dem Stichwort Friedensgespräche von den Außenministern Marco Rubio und Sergej Lawrow in Riad vorbereitet wurde, dient vermutlich am wenigsten den Interessen Kiews. Vielmehr verfestigt sich der Eindruck, dass Washington ebenso wie Moskau in erster Linie handfeste Eigeninteressen verfolgt – dazu gehört auch der Zugang zu wertvollen Bodenschätzen.

So argumentierte Lawrow jüngst bei seiner Absage an territoriale Zugeständnisse an die Ukraine auch mit den begehrten Seltenen Erden, die es in dem Land gibt. Es handelt sich um Metalle, die etwa für die Herstellung von Smartphones und Computern wichtig sind. Auch von US-Präsident Donald Trump kam bereits die Forderung, dass die Ukraine etwaige Hilfen der USA mit Rohstoffen wie Seltenen Erden bezahlen soll. Vor mehr als drei Jahrzehnten gab es mit Blick auf den Irak-Krieg einst den Slogan: „Es ist das Öl, Dummkopf.“ In Zeiten der weltweiten Energiewende gelten Seltene Erden als das neue Öl.

Nach den Gesprächen in Riad war die Rede von einem „Grundstein“ für die künftige Zusammenarbeit. Genannt wurden auch „historische Wirtschafts- und Investitionsmöglichkeiten“, die sich aus dem Ende des Ukraine-Kriegs ergeben würden. Ob diese historischen Möglichkeiten auch der Ukraine zugutekommen würden, ist völlig unklar.

Bleibt für die Ukraine zu hoffen, dass sich die Europäer bis zu einem Treffen von Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt haben. Es kann nicht sein, dass Kremelchef Putin am Ende für seine Aggression noch belohnt wird.

## Frieden schaffen mit Rheinmetall

VON REINHARD KOWALEWSKY

Die extreme Aufwärtsentwicklung beim Aktienkurs von Rheinmetall zeigt, dass wir in einer gefährlichen Welt leben: Die USA unter Donald Trump wollen sich nicht mehr ernsthaft für die Sicherheit Europas und die Unterstützung der Ukraine gegen den Kriegstreiber Russland engagieren, also muss Europa sich wappnen. Es bleibt nur zu hoffen, dass es vernünftige Übergangsfristen gibt, damit die Armee der Ukraine Zeit hat, sich weiter gegen die russische Invasion zu wehren, und Europas Staaten Friedenstruppen zur Sicherung des Landes aufstellen können. Die USA, Frankreich und Großbritannien haben jahrzehntelang die Sicherheit West-Deutschlands und West-Berlins vor Moskaus Truppen gewährleistet, nun müssen wir im Gegenzug helfen abzuschrecken.

Deutschland muss Rheinmetall-Chef Armin Papperger dankbar sein, dass er die Kapazitäten nach dem Überfall auf die Ukraine auf eigenes Risiko hochgefahren hatte, während Kanzler Olaf Scholz bei der Ukraine-Hilfe lavierte und beispielsweise von Rheinmetall hergerichtete Leopard-Panzer lange nicht zur Lieferung freigab. Nun muss die wohl von Friedrich Merz geführte nächste Bundesregierung alles dafür tun, die Verteidigungsindustrie zu stärken. Sie sollte einen Gipfel inklusive Autoindustrie und Siemens organisieren, um zu prüfen, wie diese Rheinmetall helfen, Kapazitäten zu erweitern. Iran und Nordkorea unterstützen Russland, Putin hat die ganze Wirtschaft auf Kriegswirtschaft umgestellt – Europa muss gegenhalten.

Um Hitler zu besiegen, gaben die USA zeitweise mehr als 20 Prozent ihrer Wirtschaftskraft aus. Selbst wenn wir fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung bereitstellen, wären 95 Prozent für zivile Zwecke frei. Das heißt: Es mag bitter sein, so viel Geld für Verteidigung und damit für Rheinmetall auszugeben, für die Sicherheit Europas wäre es trotzdem klug.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

**ANALYSE** Der Bundespräsident warnt vor Disruptionen. „bei denen sich Tech-Unternehmer und politische Populisten“ treffen. Das greift zu kurz. Radikale Veränderungen gehören zur Wirtschaft, man muss nur richtig mit ihnen umgehen.

## Brüche können eine Chance sein

VON ANTJE HÖNING

Kriege, Attentate, Autokraten, Wirtschaftskrisen – die Welt ist in Unordnung. Das wurde zuletzt auf der Münchner Sicherheitskonferenz deutlich, auf der US-Vizepräsident J.D. Vance Europa schockierte. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier leuchtete in seiner Rede die Unordnung der Welt aus. Er setzte dabei erstaunliche Schlaglichter: „Die Demokratie ist keine Spielwiese für Disruption“, stellte er richtig fest. Die Demokratie darf nie eine Spielwiese für irgendwas sein, sie ist konstitutiv für freiheitliche Gesellschaften und muss energisch verteidigt werden. Doch dann fuhr Steinmeier fort: „Disruption ist ein Begriff, bei dem Tech-Unternehmer und politische Populisten sich derzeit gerne treffen: Werft das Alte auf den Müllhaufen der Geschichte! Ja, dieser Ruf hat viele Märkte und Geschäftsmodelle umgekrempt und revolutioniert – aber: Die Demokratie ist kein Geschäftsmodell.“

Disruption ist für Steinmeier offenbar etwas Negatives und Gefährliches, etwas, mit dem man besser nichts zu tun haben will. Das greift zu kurz. Damit verkennt er die Realität – Wirtschaft und Politik erleben gerade Umbrüche wie selten. Und er verkennt die positive Macht, die Umbrüche – richtig eingeeht – haben können.

Wachstum und Wohlstand von Nationen wären ohne Disruptionen gar nicht möglich. Der Aufstieg Englands zur ersten Industriemacht wäre ohne die Erfindung der Dampfmaschine im 18. Jahrhundert nicht denkbar. Deutschland wurde dank seiner Arznei-Erfindungen im 19. Jahrhundert zur Apotheke der Welt. Die USA verdanken ihre wirtschaftliche Vormacht der digitalen Revolution und dem Silicon Valley.

Gewiss: Disruptionen sind auch mit Verlusten verbunden. Die schlesischen

Handwerker im 19. Jahrhundert hatten gegen die mechanischen Webstühle keine Chance. Aber bahnbrechende Innovationen gehen nicht wieder weg, nur weil man die Folgen nicht mag. Man braucht kein Übersetzungsbüro mehr, seit es den Google Translator oder Startups wie DeepL gibt. Man braucht den Brockhaus nicht mehr, weil Wikipedia immer besser wird und auch noch aktueller ist.

„Schöpferische Zerstörung“ hat der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter das genannt: Innovative Produkte und Verfahren können den Wohlstand erhöhen, auch wenn Althergebrachtes damit wertlos wird. Ohne schöpferische Zerstörung ist wirtschaftlicher Fortschritt nicht denkbar. Natürlich gibt es auch Disruptionen, die mehr zerstören, als sie gutes Neues schaffen. Das gilt für die Wirtschaft wie für die Politik. Doch die Lösung besteht nicht darin, die Augen davor zu verschließen. Die Herausforderung ist es, die Umbrüche anzunehmen und das Beste daraus zu machen. Das wird nicht immer mit sozialstaatlicher Gemütlichkeit gehen. Das hat die SPD mit der Agenda 2010 als erfolgreicher Arbeitsmarktreform selbst erlebt.

Elon Musk ist zweifellos ein unsympathischer Manager, der Mitarbeiter unfreundlich behandelt, der ohne demokratische Legitimation US-Behörden umbaut und in Deutschland eine rechtsextreme Partei hofiert. Trotzdem hat Musk den globalen Automarkt revolutioniert. Das hat die deutsche Branche spät begriffen und muss nun umso schneller auf Elektromobilität umstellen. Ebenso sind Meta-Chef Mark Zuckerberg und Amazon-Gründer Jeff Bezos Opportunisten, die ihr Fähnlein spät, aber eifrig in den Trump-Wind hängten. Trotzdem bestellen fast alle bei diesem Versandhändler, ist ein Leben ohne Instagram und Whatsapp für viele unvorstellbar. Die Digitalfirmen

### INFO

#### Zeitenwende in Politik und Wirtschaft

**Wirtschaftskrise** Angesichts der tiefen Krise fordert die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm von der nächsten Bundesregierung einen radikalen Kurswechsel. Es gelte, Investitionen zu erhöhen und auf technologischen Fortschritt zu setzen, betonte sie am Dienstag vor dem Verein der Ausländischen Presse. Deutschland befindet sich in einer bedrohlichen Lage. Wenn es die strukturelle Krise nicht mit Anpassungen teils „drastischer Natur“ löse, drohe Stagnation. Dann werde es zu harten Verteilungskonflikten in der Gesellschaft kommen. Die Lage sei viel schwieriger als für den früheren Kanzler Gerhard Schröder, der mit der Agenda 2010 wirtschaftliche Dynamik ausgelöst habe.

**Atomarer Schutzschirm** Deutschland müsse sich Gedanken machen, welche Rolle es einnehmen wolle, wenn es darum gehe, den nuklearen Schutzschirm der USA eventuell ersetzen zu müssen. „Wir können uns in Deutschland nicht ganz aus dieser Debatte herausziehen“, so Grimm. Das heiße nicht, dass Deutschland sich nuklear bewaffnen solle. Doch müsse es zu Verhandlungen mit Nuklearmächten in Europa kommen, so Grimm. (rtr)



Veronika Grimm bei einer Pressekonferenz in Berlin. FOTO: DPA

sind aus dem Alltag nicht wegzudenken. Die Disruptionen, mit denen auch Deutschland umgehen muss, sind ohnehin gewaltig: Die künstliche Intelligenz hat gerade erst angefangen. Sie wird Industrie, Medizin und Bildung revolutionieren. Der Klimawandel geht weiter, auch wenn er im Bundestagswahlkampf kaum eine Rolle spielt. Hochwasser bedroht das Leben an Flüssen, Hitzesommer fordern Städte und Landwirte heraus. Der Klimawandel ist ein Treiber der Flüchtlingswellen.

Und dann ist da die Demografie, vor der schon viele Bundesregierungen die Augen verschlossen haben. Die Babyboomer gehen in den wohlverdienten Ruhestand. Damit verliert der Arbeitsmarkt in den nächsten 15 Jahren sieben Millionen Arbeitskräfte und die Sozialkassen verlieren entsprechend Beitragszahler. Ohne Reformen landen wir bald bei Sozialbeiträgen von 49 Prozent. Es nützt nichts, wie Arbeitsminister Heil darauf zu hoffen, dass die Prognosen nicht eintreffen.

Es hilft nichts, über die Rachsucht von Donald Trump und seine Politik des Dealens zu lamentieren. Die Mehrheit der Amerikaner hat ihn gewählt, Europa muss mit ihm auskommen, vier Jahre lang. Es hilft nichts, Trump zu mahnen, er möge beim Thema Ukraine doch mit Europa reden. Der Republikaner wird Europa nur anhören, wenn es geschlossen und entschlossen auftritt. Das gilt für die Außen- wie die Wirtschaftspolitik, für den Krieg mit Russland ebenso wie für den Handelskrieg.

Disruption ist mehr als ein Begriff „bei dem Tech-Unternehmer und politische Opportunisten sich derzeit gerne treffen“, wie Steinmeier meint. Disruption ist die stete Herausforderung für Wirtschaft und Demokratie und kann auch eine Chance sein. Womöglich gelang der Biden-Regierung am Ende der Geisel-Deal in Gaza auch deshalb, weil der Disruptor Trump schon vor den Toren stand. Damit aus der Disruption etwas Gutes wird, muss man sie erst einmal annehmen.

### WISSENSDRANG

Bei allem Wechsel der moralischen Moden höre ich auf Tagungen in Deutschland immer wieder das gleiche Klagelied, das mit derselben Miene vorgetragen wird, die Verantwortungsbewusstsein und Ernsthaftigkeit ausdrückt: Wir gehen falsch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit um. Immerhin gibt es ein paar Variationen. Entweder erinnern wir zu wenig oder zu viel oder auf die falsche Weise oder mit den falschen Folgerungen. Leider ist das Lied humorfrei. Es ist ja auch die deutsche Version von „Und ewig grüßt das Mummeltier“. Die heutige Jugend habe kaum noch ein Bewusstsein der historischen Schuld. Aber auch vorher sei das Schuldbewusstsein mangelhaft gewesen. Die Wiedereinstellung von Nazis

## Das ewige Klagelied

Das Bewusstsein historischer Schuld bleibt immer mangelhaft.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

nach dem Krieg. Die Unfähigkeit zu trauern. Die leere Phrasenhaftigkeit der Reden auf Gedenkfeiern. Die Verweigerung zwischen der Schuld, die man eigentlich empfinden sollte, und einer rein äußerlichen Scham, für die man sich eigentlich schämen sollte. Hatte nicht Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede 1985 versprochen: „Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“ Aber die richtige. Aber welche?

Die Verbrechen des Nationalsozialismus sprengen unsere moralischen Kategorien. Wir können sie aber nicht einfach als historische Tatsachen ad acta legen. Was wäre die richtige Form der privaten und öffentlichen Erinnerung? Ich weiß es nicht. Diejenigen, die über falsche Formen des Gedenkens klagen, wissen es auch nicht. Mit

dem Holocaust kann man nicht abschließen, und wir werden auch künftig keine Form der sogenannten Vergangenheitsbewältigung finden, die keinen falschen Ton hätte. So sind wir offenbar zu ewigen Wiederholung dieses so schauerlich falsch tönenden Klagelieds verdammt. Als Bußübung eines Perfektionisten für Vergangenheitsbewältigungsunfähigkeit? Vielleicht sollten wir akzeptieren, dass wir diese monströsen Verbrechen auch mit Perfektion nicht wiedergutmachen können. Schuldbewusstsein ist unvollkommen – wie alles.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.